

*Zu den Wahlprüfsteinen des Behindertenbeirats München –
Bezirkstagswahl 2023*

Fraktionssprecher
Prof. Dr. Klaus Weber
Zugspitzstr. 80
82061 Neuried
dr.k.weber@t-online.de
089/54404163

Die Wahlprüfsteine beginnen mit einer Feststellung, der wir leider widersprechen müssen. Keineswegs war es in den letzten fünf Jahren so, dass es „in den Reihen der Fraktionen im Bezirkstag von Oberbayern ... anerkennenswerte Bemühungen gab“, das Wohnen, Leben und Arbeiten von Menschen mit Behinderung zu verbessern.

April 2023

Wie wir in unserer Broschüre (2021) über die Behindertenpolitik im Bezirk Oberbayern darlegen konnten, versucht der Bezirk – bei Duldung aller Fraktionen mit Ausnahme der Linken und manchmal der Grünen – bei Menschen mit Behinderung zu sparen. Gleichzeitig stimmte der Bezirk im Jahr 2022 im Sozialausschuss mit dem Stimmen aller Fraktionen – außer der LINKEN – einem **Millionenzuschuss für den Bau neuer Werkstätten für Menschen mit Behinderung** zu.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Beteiligung der Betroffenen bei Entscheidungen, die sie tangieren: Die LINKE im Bezirk Oberbayern hat im Bezirkstag alle Anträge zum Thema Verbesserung der Lebenssituation behinderter Menschen gemeinsam mit den Betroffenen vorbereitet. Dazu zählen die Anträge zur Verbesserung der Mobilitätshilfe (durch unsere Anträge fast verdreifacht seit 2018), zu den Verbesserungen der Assistenzlöhne (die durch unseren Druck um mehr als 50% gestiegen sind) und zu vielen Einzelaspekten des Lebens mit Behinderung – vor allem des selbstbestimmten Lebens. Unsere Anfragen (ca. 150 alleine zum Bereich Be-

hinderung; Vergleich: SPD: 0; CSU: 0; Grüne: 2; Freie Wähler: 0; FDP: 0; AfD: 0 Anfragen) betreffen den Umgang mit dem **Persönlichen Budget** (keine Nachweispflichten mehr, keine Fristen mehr), die unmenschlichen Bedingungen für die Darlegung der **Eingliederungshilfe** (keine Unterschriften mehr; Pauschalfinanzierung ohne Nachweis) und – vor allem – alle Aspekte, die das **Arbeitgebermodell** betreffen. Dazu gab es Anfragen zum Bereich der **Student_innenhilfe bei Menschen mit Behinderung**; zu Einzelfällen, in denen die Verwaltung Menschen mit jahrzehntelanger 24-h-Assistenz diese auf ein Drittel reduzierte; zu unbürokratischen **Hilfen in den Coronajahren** usw.

Aus diesen Anträgen erwachsen in gemeinsamer Arbeit ca. 50 Anträge im Sozialausschuss, die das Ziel hatten, das Leben der Menschen mit Behinderung zu verbessern. Bis auf einen Antrag stimmten CSU, SPD und Freie Wähler gegen **alle** diese Verbesserungen. Lediglich die Fraktion der Grünen unterstützte uns und die Betroffenen bei den Anträgen – Eigeninitiative war jedoch auch bei der Grünen Fraktion – was das Thema Behinderung betrifft – nicht festzustellen.

2. Zu den Fragen 2, 3, und 4 – **Budget für Arbeit / Behindertengeld / Landesschlichtungsstelle**: Die Fragen 3 und 4 sind für den Bezirkstag zwar irrelevant; wir haben uns jedoch auch in Vergangenheit dafür stark gemacht, dass der Bezirk Oberbayern bei der Staatsregierung seine Position darlegt. Leider hat der Bezirkstagspräsident (CSU) unsere Forderungen nicht selten als „seine Angelegenheiten“ bezeichnet und unsere Anträge nicht für den Sozialausschuss zugelassen. Zur **Schlichtung auf Bezirksebene** haben wir in einer Anfrage und einem Antrag gefordert, bei Streitigkeiten der Betroffenen mit dem Bezirk eine neutrale „Schlichtung“ zu ermöglichen. Vor allem im Bereich der Befangenheit von Sachbearbeiter_innen soll aber weiterhin gelten, dass weder die Inklusionsbeauftragten noch eine neutrale Instanz entscheidet, sondern der jeweilige Vorgesetzte. Unser Antrag wurde abgelehnt.

3. Frage 5: Pflegenotstand im heilpädagogischen Bereich: Unsere intensive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften (*GEW* und *Ver.di*) zeigt, dass der Druck auf die kommunalen Arbeitgeber, was die Löhne im erzieherischen Bereich betrifft, Früchte trägt. Unseres Erachtens helfen keine Einzelmaßnahmen – der erzieherische und der pflegerische Bereich müssen durch eine Verdoppelung der Löhne (Schweiz: bei 80% der vollen Arbeitszeit erhalten die Arbeitenden ca. 5000 Franken; das sind mehr als 5000 Euro netto!) attraktiv gemacht werden.

4. Fragen 6, 7 und 8: Baugenehmigungen / Barrierefreiheit: Wegen der Unzuständigkeit der Bezirke können wir dazu keine Angaben machen. Allerdings haben wir dafür gekämpft und einen Antrag dazu gestellt, dass die Sozialausschuss-Sitzungen erst um 11 Uhr beginnen, weil die Betroffenen oft um 5 Uhr morgens aufstehen müssen, um mit den alltäglichen Verrichtungen um 9.30 Uhr zur Sitzung kommen zu können. Der Antrag wurde – mit Stimmen der SPD, der CSU, der Freien Wähler – abgelehnt. Die SPD begründete – ebenso wie der Bezirkstagspräsident – die Ablehnung damit, dass die Mittagspause der Angestellten und Beamten des Bezirks dann nicht mehr stattfinden könne; Frau Hofmann von der SPD meinte: „Inklusion ist nicht nur für die Behinderten, sondern auch für die Nicht-Behinderten!“. So viel zur „Barrierefreiheit“, was die Sitzungen des Bezirks betrifft.

5. Frage 9: Inklusion an bayerischen Schulen: Wir haben eine große Anfrage (2022) zum Thema Schulbegleitung (Löhne, Aufgaben etc.) gemacht. Die Antworten des Bezirks waren etwas fadenscheinig. Seit Einführung von Schulbegleitungen hat keine Fraktion einen Antrag gestellt, der die Situation in diesem Bereich (für den der Bezirk bezahlt) Verbesserungen gefordert werden.

6. Frage 10 und 11: Arbeitsmarkt inklusiv / ÖPNV: Leider hat der Bezirk in diesen Bereichen nichts zu melden. Allerdings werden wir in Zukunft – vor allem, was die Schulen des Bezirks betrifft – immer wieder auf die UN-BRK, das BTHG und die alternativen Berichte zur Umsetzung der BRK verweisen, in denen die Versäumnisse – gerade in

Bayern – in diesen Bereich immer wieder skandalisiert werden. Bayern ist Schlusslicht in der Inklusion: Das hat selbst die *Bayerische Staatszeitung* 2021 festgestellt!

Dr. Klaus Weber, Fraktionssprecher der Linken im Bezirkstag Oberbayern